



Niederschrift

58. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. November 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

Punkt 14 der Tagesordnung: Energieleitplan mit integrierter kommunaler Wärmeplanung der Stadt Karlsruhe

Vorlage: 2023/0840/1

Punkt 14.1 der Tagesordnung: Wasserstoff als Baustein der Wärmewende

Interfraktioneller Ergänzungsantrag: FW|FÜR, FDP

Vorlage: 2023/0840/2

Punkt 14.2 der Tagesordnung: Kostenanalyse für Heizlösungen und klare Darstellung für Bürgerinnen und Bürger

Interfraktioneller Ergänzungsantrag: FW|FÜR, FDP

Vorlage: 2023/0840

Punkt 14.3 der Tagesordnung: Klare Roadmap für den Energieleitplan

Ergänzungsantrag: FW|FÜR

Vorlage: 2023/0840/4

Punkt 14.4 der Tagesordnung: Gasnetztransformation für Gasheizungen: Wasserstoff in Karlsruhe nicht gewollt?

Anfrage: FW|FÜR

Vorlage: 2023/0840/5

Punkt 14.5 der Tagesordnung: Fragen zum Fernwärme- und Wasserpumpenausbau für die Roadmap

Anfrage: FW|FÜR

Vorlage: 2023/0840/6

Punkt 14.6 der Tagesordnung: Energieleitplan mit integrierter kommunaler Wärmeplanung der Stadt Karlsruhe

Ergänzungsantrag: AfD

Vorlage: 2023/0840/7

Punkt 14.7 der Tagesordnung: Energieleitplan mit integrierter kommunaler Wärmeplanung der Stadt Karlsruhe

Ergänzungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage 2023/0840/8

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Energieleitplan mit kommunaler Wärmeplanung nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit.

Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der jeweils zur Verfügung gestellten Ressourcen beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Mehrheitlich zugestimmt (38 JA, 2 Nein, 6 Enthaltungen)

Punkt 14.1: Verwiesen in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Punkt 14.2: Verwiesen in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Punkt 14.3: Verwiesen in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Punkt 14.4: Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Punkt 14.5: Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Punkt 14.6: Verwiesen in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Punkt 14.7: Verwiesen in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 14, 14.1 bis 14.7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 7. November 2023:

Um uns ein bisschen in das Thema einzugrooven, Frau Bürgermeisterin Lisbach.

Bürgermeisterin Lisbach: Dieser Energieleitplan, der Ihnen heute zum Beschluss vorliegt, ist eine zentrale Maßnahme in unserem Karlsruher Klimaschutzkonzept, und er ist auch ein ganz wichtiger Baustein, um insbesondere die Wärmewende in Karlsruhe voranzubringen, mit dem Ziel, das wir alle erreichen wollen, 2040 klimaneutral zu sein als Stadt. Die kommunale Wärmeplanung, die in diesen Energieleitplan integriert ist, die ist in Baden-Württemberg für größere Städte auch gesetzlich vorgeschrieben, und die muss Ende 2023 fertig sein und im Regierungspräsidium dann auch vorgelegt werden. Karlsruhe hat mit der Erarbeitung dieser Planung zwei Fachbüros beauftragt. Umwelt- und Arbeitsschutz hatte die Koordination des Projektes. Außerdem waren daran beteiligt, intensiv beteiligt, auch die Stadtwerke, die Stadtwerke Netzservice, unsere Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur, die KEK und verschiedene städtische Ämter. Der Energieleitplan enthält eine Bestands- und Bedarfsanalyse, und außerdem zeigt er auf, wo wir in Karlsruhe Potenziale haben zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Energieleitplan stellt auch Eignungs- und Prüfgebiete dar für den Fernwärmeausbau, für mögliche Nahwärmenetze und aber auch für Gebiete, in denen voraussichtlich Einzelheizungslösungen zum Tragen kommen werden. Und aus all dem sind dann auch Maßnahmen abgeleitet, die für eine klimaneutrale Wärmeversorgung für Karlsruhe notwendig sind.

Wir haben den Entwurf des Energieleitplans in verschiedenen Formaten auch der Öffentlichkeit und den Fachgremien vorgestellt. Wir haben in zwei Sitzungen des Klimaschutzbeirates über den Energieleitplan beraten. Wir hatten ein öffentliches Klimaforum Anfang Oktober, wo wir die Planung der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Wir hatten zwei Sitzungen des Umweltausschusses, in denen wir die Planung vorberaten haben, und der Plan ist auch im Internet veröffentlicht. Wir haben dann die bei uns eingegangenen Hinweise, soweit es möglich und auch fachlich sinnvoll war, noch eingearbeitet. Unter anderem gehört dazu eine weitere Startermaßnahme zur Wärmenetzprüfung in Weiherfeld. Dann Ergänzungen zur Nutzung der oberflächennahen Geothermie wurden mit aufgenommen, und auch zur Biomassenutzung. Und wir haben auch noch die Aussage zu den hohen Sanierungsquoten, dazu gab es viele Anmerkungen, ein Stück weit relativiert und auch aufgezeigt, dass es da natürlich auch jeweils Alternativen gibt.

Dieser Energieleitplan ist jetzt vor allem ein strategisches Planungsinstrument für die zukünftige Energieversorgung in Karlsruhe und ist damit jetzt nicht ein Endpunkt, sondern vor allem ein Startpunkt für weitere Planungs- und Umsetzungsschritte, die wir jetzt Schritt für Schritt gehen müssen, darunter insbesondere auch die Prüfung des weiteren Fernwärmeausbaus und auch die Prüfung der Realisierbarkeit von verschiedenen Nahwärmenetzen über Machbarkeitsstudien, die dann auch ganz schnell beauftragt werden. Die Planung wird im Rahmen der Umsetzung regelmäßig auch an neue Gegebenheiten angepasst werden. Wir werden Sie über Fortschritte und über Aktualisierungen im Fachausschuss jeweils informieren. Wir prüfen auch, weil das auch ein vielfacher Wunsch war, derzeit, ob wir noch weitere Szenarien erarbeiten lassen. Da werden wir dann auch das Ergebnis Ihnen in der Mai-Sitzung des Umweltausschusses vorstellen.

Der Plan selbst, das ist, glaube ich, nochmal ganz wichtig zu betonen, hat noch keine rechtliche Verbindlichkeit. Diese Verbindlichkeit kann erst über entsprechende Satzungsbeschlüsse gebietsweise dann hergestellt werden. Das heißt, der Gemeinderat wird mit allen weiteren Schritten, die dann zu einer rechtlichen Verbindlichkeit führen, auch nochmal befasst werden. Sie brauchen keine Sorge haben, dass Sie sich heute auf eine Verbindlichkeit festlegen, sondern das wird dann sukzessive erfolgen über Satzungsbeschlüsse. Das gilt auch für das Thema Wasserstoff, das hier auch Inhalt mehrerer Anträge ist. Die Wasserstoffnetze werden mit der vorliegenden Planung nicht ausgeschlossen. Allerdings wird nach derzeitigem Stand der Einsatz von grünem Wasserstoff in Karlsruhe vorrangig zur CO₂-neutralen Versorgung industrieller Großabnehmer wichtig sein, also dort, wo es keine Alternative zur Dekarbonisierung gibt. Dann könnte Wasserstoff auch in Wärmenetzen zur Deckung von Spitzenlasten eingesetzt werden. Das ist der aktuelle Stand. Wir gehen davon aus, nach allem, was man derzeit abschätzen kann, dass er zur Wärmeversorgung von Einzelhäusern wenig sinnvoll erscheint, da voraussichtlich mit sehr hohen Bereitstellungskosten und einer knappen Verfügbarkeit zu rechnen ist und das dann einfach auch die Kosten enorm in die Höhe treiben würde, sodass das für die Endverbraucher auch nicht mehr interessant ist.

Meine Damen und Herren, die Energie- und Wärmewende, die wird uns mit Blick auf unser Ziel, klimaneutral zu sein bis 2040 noch sehr stark herausfordern. Da wird noch ganz viel Arbeit auf viele Beteiligte zukommen. Deswegen ist mir auch ganz wichtig, dass wir jetzt die weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte im engen Dialog mit allen städtischen Akteuren gehen, dass wir hier gut zusammenarbeiten, gut an einem Strang ziehen, auch zusammen mit den Fachgremien und auch mit Bürgern und Bürgerinnen, dass wir das Ganze

auch möglichst transparent gestalten. Das ist uns allen, glaube ich, ein wichtiges Anliegen. Ich möchte mich bei allen Beteiligten bedanken, die an diesem Energieleitplan mitgewirkt haben. Das war eine ganze Menge Arbeit und ich finde, es ist auch wirklich eine beeindruckende Gemeinschaftsleistung, die hier gelungen ist, von Umwelt- und Arbeitsschutz, von den Stadtwerken, von der KEK und von ganz vielen beteiligten städtischen Ämtern. Dafür herzlichen Dank, und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Zunächst einmal begrüßen wir es, dass wir jetzt die Energieleitplanung hier behandeln und dann auch darüber abstimmen können, denn es ist eine sinnvolle Grundlage, um vor allem die Wärmewende in Karlsruhe voranzubringen. Der Energieleitplan behandelt natürlich auch das Thema Strom. Aber bei Wärme sind die Herausforderungen noch größer. Und da haben wir jetzt mit der Energieleitplanung eine sehr gute Bestandsaufnahme. Und wir haben jetzt auch zugesagt bekommen, dass die Prüfung eines weiteren Szenarios ansteht. Da hoffen wir sehr darauf, dass das kommt, weil wir, glaube ich, dann noch sehr viel daraus lernen könnten. Wir sehen jetzt, wie groß die Herausforderungen bei der Umsetzung der Wärmewende sein werden. Und das nochmal in Karlsruhe, in einer Stadt mit so gutem Potenzial, das müssen wir auch mal sehen. Wir haben die Stadtwerke hier, wir haben ein sehr gutes Fernwärmenetz, und wir haben auch das Potenzial, zukünftig Geothermie nutzen zu können, um dann die Fernwärme klimaneutral bereitstellen zu können. Das heißt, wir sollten uns eigentlich glücklich schätzen, diese Aufgabe angehen zu können.

Und ich stimme Ihnen zu, Frau Bürgermeisterin Lisbach, wir sehen jetzt mit dem Energieleitplan nicht den Endpunkt, sondern den Startpunkt von vielen Planungsprozessen und wollen die auch konstruktiv mit begleiten. Wir haben natürlich hier das Problem, dass einerseits bei vielen Detailfragen wirklich Zeit notwendig ist, um sie sinnvoll zu lösen, andererseits wir schnell voranschreiten müssen. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns, und ich glaube, da sollten wir einerseits versuchen, schnell voranzukommen, aber auch keine sinnlosen Lösungen voranzubringen. Sie hatten auch angesprochen das Thema Wasserstoff, die Verfügbarkeit und der Preis, das ist ein Thema, wo wir sehen können, beim Erdgas, das war letztes Jahr sehr knapp, was ein knapper Energieträger dann für Preise liefert. Deswegen teilen wir die Einschätzung, dass Wasserstoff in der Gebäudeheizung von Einzelgebäuden mit aller Voraussicht keine wirkliche Rolle spielen wird. Wir wünschen uns auf jeden Fall, dass der Energieleitplan kontinuierlich weiterentwickelt wird und natürlich auch verzahnt werden muss mit der Wärmeplanung, die nun aus der Bundesgesetzgebung kommt, weil natürlich Bürgerinnen und Bürger eine Verbindlichkeit bei einigen Fragestellungen brauchen. Und das ist auch ein Punkt, bisher ist es ein Planungsinstrument, das vielleicht ein Stückchen erstmal die städtischen Akteurinnen und Akteure anschaut und noch nicht in dem Maße die Bürgerinnen, wie wir uns das wünschen könnten. Und an der Stelle erhoffen wir uns, dass die Weiterentwicklungen auch eine höhere Nutzbarkeit für die Bürgerinnen bringen.

Die Änderungsanträge in der großen Zahl, da würde ich vorschlagen, die wirklich in die Ausschüsse zu weisen. Die sind komplex und die hier im Gemeinderat zu behandeln, halte ich für wenig sinnvoll. Und wenn wir sie heute zur Abstimmung bringen sollten, würde ich empfehlen, dass wir denen nicht so zustimmen können.

Stadtrat Maier (CDU): In dem vor uns liegenden Werk im Energieleitplan steckt viel Arbeit. Auch wir möchten uns ganz herzlich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit

bedanken. Vor uns liegt ein strategisches Planungsinstrument, nicht mehr und nicht weniger. Ich möchte jetzt nicht respektierlich verstanden werden, aber er ist eigentlich nichts Besonderes. Er ist das Ergebnis einer Verpflichtung, die uns das Land auferlegt hat. Wir kommen also lediglich unserem gesetzlichen Auftrag nach. Nichtsdestotrotz, und das freut mich, der Energieleitplan legt ganz klar dar, wer sind die Spieler, die Stadtwerke, die KEK, die Stadt, die Privathaushalte, und wer kümmert sich um was bei Wärme und Strom. Jetzt gilt es, aktiv die Fragestellungen heranzugehen. Jeder muss seine Hausaufgaben machen. Das Ganze sollte nun offen und deutlich kommuniziert werden, ohne dabei in der Bürgerschaft falsche Hoffnungen zu schüren. Dass hier dann priorisiert werden muss und wird, das freut uns. Das ist seit jeher unsere Forderung in dem Bereich. Wir können und wir werden uns nicht alles leisten können. Das zeigt sich auch an der Diskussion, die schon stattgefunden hat, als die ersten Veröffentlichungen waren. Umso wichtiger ist die Priorisierung, um einen maximalen Erfolg zu erzielen.

Nun zu den Ergänzungsanträgen und zum Thema Wasserstoff. Da hat der Kollege Cremer schon einiges Richtiges gesagt. In vielen weiteren Themen, nehmen wir das Beispiel Verkehrswende, stehen wir als CDU von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene für Technologieoffenheit. Das sehen wir in dem Kontext grundsätzlich auch so. Ob der Wasserstoff in Karlsruhe nennenswert zur Wärmewende oder zur Wärmeversorgung einzelner Bewohner beitragen könnte, das sieht die Verwaltung kritisch. Wir können uns den gemachten Antworten der Fachleute anschließen und diese so mittragen. In der Folge würden wir, falls die alle jetzt zur Abstimmung kommen würden, die Ergänzungsanträge ablehnen. Aber wir bitten, und da schließe ich mich dem Kollegen wie gesagt an, sowas sollte man im Ausschuss nochmals vertieft diskutieren. Wir wollen nicht, dass das jetzt einfach zur Seite gewischt wird. Die Verwaltung sollte an den Themen dranbleiben, damit wir uns vor dem Stichwort Technologieaufnahme nichts verbauen. Und wir bitten die Verwaltung, einfach am Ball zu bleiben und uns regelmäßig im Ausschuss zu berichten, was sich an der Wasserstoff-Front tut. Ansonsten, wie gesagt, nochmals danke für den Energieleitplan. Vollste Zustimmung der CDU dafür und, wie gesagt, bei einer Abstimmung über die Ergänzungsanträge, Ablehnung der CDU.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wir sind froh, dass heute der Wärme- und Energieleitplan für Karlsruhe vorliegt, und wir danken den vielen Menschen, die sich bei der Aufstellung des Plans beteiligt haben. Es ist ein wegweisendes Dokument für Karlsruhe, das von meiner Fraktion – das haben wir heute schon öfter gehört, aber das ist für uns auch ganz wichtig – nur als Auftakt eines dringenden notwendigen Prozesses gesehen wird. Der Wärme-Energieleitplan zeigt schonungslos auf, vor welchen immensen Aufgaben wir als Gesellschaft stehen. Wir nehmen aus dem Plan zur Kenntnis, dass selbst wenn wir beherzt und ambitioniert an die Dinge herangehen, wir voraussichtlich unsere Ziele, 2040 klimaneutral zu sein, verfehlen werden. Der Plan zeigt aber auch ganz deutlich das große Potenzial. Der Kollege Cremer hat viele gute Punkte genannt, wo dieses Potenzial in Karlsruhe steckt, und dies gilt es nun zu nutzen.

Nach Ansicht meiner Fraktion muss nach der heutigen Verabschiedung dieses Erstaufschlags in den kommenden Monaten der teilweise noch sehr vage formulierte Plan nun konkretisiert werden. Wir müssen dringend alle Nadelöhre identifizieren, ob bei den Planungsprozessen, in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir müssen dringend eine Antwort auf die Frage finden, wie das Ganze zu finanzieren ist, und wir werden dringend strategische Entscheidungen treffen müssen. Bei der Optimierung der

Planungsprozesse haben wir bereits einen Verbesserungsvorschlag eingereicht. Ich weise auf unseren Antrag hin, der unter Tagesordnungspunkt 21 heute auf der Tagesordnung steht, wo wir die Einführung einer Koordinierungsstelle zum Fernwärme- und Energieleitungsausbau bei der Stadtverwaltung fordern. Bei der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sind wir vor allem auf eine starke KEK angewiesen. Diese muss in den kommenden Jahren ihren Fokus auf den Bereich legen, ganz besonders in denen Einzellösungen vorgesehen sind, aber Wärmepumpen aus unterschiedlichen Gründen nicht ohne weiteres zum Einsatz kommen müssen, weil gerade in diesen Bereichen sind die Bürgerinnen und Bürger momentan stark verunsichert. Bei Finanzierung sind wir neben kommunalen und privaten Mitteln vor allem auf Mittel aus Bund und Land angewiesen. Das geht Gott sei Dank nicht nur uns in Karlsruhe so, sondern das ist ein bundesweites Problem.

Und last but not least, bei strategischen Entscheidungen müssen wir uns vor allem auf die Expertise unserer Expertinnen und Experten verlassen können. Da hilft auch alle naturwissenschaftliche Vorbildung nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion der Freien Wähler | FÜR Karlsruhe. So sehr ich mich geschmeichelt gefühlt habe, als ich heute die BNN aufgeschlagen habe, ist das einfach so, dass wir uns auf die Expertinnen und Experten der Stadtwerke, vor allem der Stadtwerke, verlassen müssen. Strategische Entscheidungen, die anstehen, das ist natürlich die Frage, in welches Netz investieren wir. Es ist klar, dass wir in das Strom- und Fernwärmenetz investieren müssen, aber es stellt sich die Frage, wie wir langfristig mit dem Gasnetz umgehen. Und da stellt sich nun die Frage, werden wir mittelfristig oder langfristig genug Wasserstoff haben, um damit Einzelhäuser zu versorgen. Ich glaube, die Antwort, die zumindest der heutigen Kenntnis entspricht, ist Nein. Wir werden so viel Wasserstoff für die Industrie brauchen, nicht nur als Treibstoff, sondern auch als chemisches Edukt. Momentan sieht es nicht so aus, als hätten wir genug dafür, dass wir dann auch den Privathaushalt mit Wasserstoff versorgen können.

Das heißt zusammenfassend noch mal zu sagen, das ist der Anfang, wir werden diesen Prozess eng begleiten, und wir fordern auch heute schon, dass die Bürgerschaft wieder, wie auch bis jetzt, eng eingebunden wird.

Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI): Mit dem vorliegenden Energieleitplan liegen uns nun umfangreiche Daten vor, mit denen wir ermessen können, wie groß die Aufgabe ist, die vor uns liegt. Als Beispiel seien die 9.666 Wohngebäude genannt, die einen extrem hohen Energiebedarf aufweisen. Das sind 21 Prozent der gesamten Wohnbebauung, die umfassend zu sanieren oder zu ersetzen sind. Wenn man die in Baden-Württemberg in den letzten Jahren erreichte Sanierungsrate von 1,6 Prozent ansetzt, würden wir allein für diese dringenden Gebäude 14 Jahre benötigen. 70 Prozent der Wohngebäude sind zumindest teilweise zu sanieren, das wären dann weitere 44 Jahre. Das bedarf einer enormen Anstrengung. Die strategische Planung als Startpunkt der Entwicklung kann auch nicht alle Details abarbeiten, aber in einem nächsten Schritt müssen jetzt konkrete Ziele mit einem Zeitplan hinterlegt werden. Wann werden welche Ziele erreicht? Das heißt, wir wünschen uns eine Verbindlichkeit im Energieleitplan. Es darf kein symbolischer Akt sein.

Für das Fernwärmenetz gibt es im Grunde eine Roadmap. Das Gleiche wünschen wir uns auch für die Fragen der Energiequellen. Was passiert, wenn die MiRO als Wärmelieferant wegfällt? Ist der Ausbau der Tiefengeothermie ausreichend als Wärmequelle? Auch hierzu müssen Zwischenziele festgelegt werden, mit denen das Ziel einer klimaneutralen Wärmeversorgung 2040 erreicht werden kann. Oder welche Lösung gibt es für die Bereiche in der

Kernstadt, die entweder nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen werden können und aufgrund der Platzverhältnisse keine Installation von Wärmepumpen zulassen? Auch hierfür müssen Lösungen entwickelt werden. Aus unserer Sicht ist es nun dringend, mit den Startermaßnahmen konkret zu beginnen, diese sofort anzugehen.

Zweitens, die Tiefengeothermie sehen wir als zentrale Wärmequelle an. Die Terminierung der Umsetzungspunkte ist als Nächstes vorzunehmen, damit eine Erfolgskontrolle durchführen möglich ist. Die regelmäßige Berichterstattung haben Sie schon zugesagt, das wünschen wir uns auch.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Auch wir bedanken uns für die Vorlagen und können uns auch für den Gedanken erwärmen, die Änderungs- und Ergänzungsanträge intensiver dann im Ausschuss zu behandeln. Ich gehe davon aus, dass es tatsächlich auch Sinn macht, als heute einfach ein Durchstimmungsmarathon, weil wir sind uns klar darüber, es handelt sich bei dem Energieleitplan um ein Arbeitspapier. Auch deshalb haben wir unseren Ergänzungsantrag gestellt, weil für uns einfach drei Schwerpunkte sehr deutlich sind. Wir brauchen tatsächlich eine Konkretisierung in Form eines Zeit- und Umsetzungsplans. Wir brauchen auf jeden Fall die Stadtwerke als handelnden Akteur, als Hauptakteur, als Zentrum dieser ganzen Thematik, weil klar ist, der Ausbau der Netze, der Umbau der Netze ist ein Schwerpunkt, und da sehe ich aber dann auch wirklich die Zusammenarbeit mit anderen Behörden als ganz wichtiges Element an. Also Tiefbauamt ist ein wichtiger Akteur, wo Stadtwerke auch immer wieder mal an Grenzen stoßen. Hier wünsche ich mir tatsächlich eine bessere Zusammenarbeit. Das wurde zumindest aus dem Beitrag der Stadtwerke deutlich. Und von daher, finde ich, müssen wir hier wirklich gewichten und einen Schwerpunkt darauf legen, dass die Stadtwerke als handelnder Akteur eine entsprechende Bedeutung haben.

Ich sehe es auch vor dem Hintergrund Geothermie, klar, wir werden das entsprechend ausbauen müssen, aber auch hier wünsche ich mir, dass die Stadtwerke, wie sagt man, das Heft des Handelns in der Hand behalten, weil ich nicht möchte, dass nachher private Investoren die guten Geschäfte abräumen und die Stadtwerke sich dann darum kümmern müssen, dass all das, was nicht viel Geld bringt, umgesetzt wird. Also auch vor dem Hintergrund sind die Stadtwerke wichtiger Akteur.

Und klar ist natürlich, wir haben viel Kompetenzen in der Zivilgesellschaft, und deshalb wünschen wir uns eine sehr intensive Zusammenarbeit. Wie gesagt, vor dem Hintergrund freue ich mich, wenn wir im Ausschuss weiter beraten. Ich sehe die Einschätzung zum Thema Wasserstoff ähnlich, wie sie auch in den Stellungnahmen der Stadtverwaltung beschrieben ist, aber ich glaube, trotz allem müssen wir über alles reden und schauen, was geht wie und wie schnell, weil die Zeit drängt auf jeden Fall. Deshalb vielen Dank und ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss.

Stadträtin Lorenz (FW/FÜR): Ich spreche für die Zählgemeinschaft. Heute bringen wir Grundsätzliches zu der zukünftigen Energieversorgung unserer Stadt auf den Weg. Viele gute Ansätze sind in diesem Energieleitplan, aber auch Versäumnisse. Und für das Protokoll, unser Antrag 14.1 schließt das Jahr 2024 mit ein. Es muss also bis einschließlich verstanden werden. Die Verwaltung hat somit ein Jahr und nicht nur einen Monat.

Einen wesentlichen Mangel sehen wir in der fehlenden Roadmap und Timeline, wie und wann die Maßnahmen konkret umgesetzt werden sollen. Außerdem fehlen zu großen Teilen Vorschläge, wie das als unrealistisch beschriebene Szenario 2 erreicht werden kann. Dies sind aber zwingende Voraussetzungen für das Erreichen der Klimaziele. Eins ist klar, ohne Offenheit für alle Sektoren wird es nicht gehen. Wir möchten klarstellen, dass wir keinen Ersatz für die Vorschläge des Energieleitplans fordern, sondern dringend notwendige Ergänzungen für unsere Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft. Fernwärmeversorgung und Wärmepumpen sowie Nahwärmenetze sollen je nach Umsetzbarkeit den Großteil der Wärmewende stemmen.

Unsere Ergänzungsanträge dienen genau der notwendigen Ergänzungen. Was vermissen wir? Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz hat im November das Wasserstoffkernnetz für Deutschland vorgestellt. In seinen Worten die Autobahn, die den Hochlauf für Wasserstoff gewährleisten soll. Aus den Veröffentlichungen der Bundesnetzagentur bzw. H2vorOrt geht hervor, dass Karlsruhe bis 2032 eine Stichleitung dieses Kernnetzes erhalten wird. Dies findet im Energieleitplan keinerlei Erwähnung. Wo eine Fernwärmeanbindung oder Wärmepumpe technisch oder baulich nicht möglich seien, bleiben mehrere tausend Haushalte als sogenannte Einzelheizlösungen übrig. Hier bietet Wasserstoff durch die Umnutzung der bestehenden Gasnetze eine für die Bürgerinnen und Bürger kostengünstige Ummstellungsmöglichkeit. Wenn man nun bedenkt, dass rund 28.000 Gas- und 10.000 Ölheizungen bis 2040 auf Wärmepumpen umgestellt werden müssen, wären das 2.250 Anschlüsse pro Jahr. Im ELP wird eine Sanierungsquote von 4,8 Prozent angesetzt. Das wären 1.820 Häuser pro Jahr, völlig utopisch. Stand heute haben wir eine Sanierungsquote von etwas mehr als 1 %. Der DVGW und auch die Gasnetzbetreiber Netze Südwest sind technisch in der Lage, den Landkreis Karlsruhe auf Wasserstoff umzustellen. Mit dem Rheinhafen wären wir gut für Wasserstoff aufgestellt, wie auch Professor Dr. Pinkwart vom Nationalen Wasserstoffrat bestätigt. Außerdem belegen mehrere Studien, dass die Preise hierfür zukünftig unter der Gaspreisbremse liegen. Karlsruhe hätte Potenzial, aber der Energieleitplan nutzt diese nicht. Die Meldung von Wasserstoffnetz aus Baugebieten und zumindest von Prüfgebieten an die Bundesnetzagentur sind aber Pflicht, wenn man Wasserstoff will. Meldet man nicht bis 2025, dann ist der Zug für die Zukunft abgefahren und die Wirtschaft gleich mit. Es geht hier um Planungen für mehrere Jahre in die Zukunft. Das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz kommt, und wir dürfen den Anschluss nicht verpassen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Die Stadt hat es geschafft, diesen Wärmeleitplan, diesen Energieleitplan rechtzeitig vorzulegen. Es ist der, den das neue Klimaschutzgesetz aus 2022 vorschreibt, muss bis Ende dieses Jahres vorgelegt werden, ist erledigt. Man muss natürlich sagen, dass er mit einer relativ großen Flughöhe daherkommt. Er dient also nicht dazu, die Fragen vieler Bürger zu beantworten. Das wird vielleicht dann irgendwann der vom Bund angeordnete Wärmeplan tun. Wir müssen abwarten. Es muss noch sehr viel getan werden, um diese Fragen zu beantworten, denn die Fragen lauten, kommt die Fernwärme in meine Straße oder nicht. Wenn nicht, kann ich, darf ich eine Wärmepumpe betreiben oder ist es am Ende vielleicht doch möglich, dem Erdgas Wasserstoff beizumischen, sodass die bewährten Gasthermen einfach bleiben können? Das sind doch die Fragen der Bürger. Und mit dem, was wir hier diskutieren, werden die nicht beantwortet. Also es bleibt noch viel zu tun.

Es geht in diesem Papier um die Energiequellen, die es rein theoretisch auf unserer Gemarkung gibt. Da wird dann viel über Photovoltaik geredet. Wir haben hauptsächlich ein

Problem mit der Geothermie, weil wir der Meinung sind, dass bei den Betrachtungen auch hier in diesem Plan die Risiken zu sehr außer Acht gelassen werden. Außerdem muss man bedenken, dass die Geothermie im Oberrheingraben pro Anlage entweder 5 Megawatt elektrisch oder 40 Megawatt thermisch, also Fernwärme bringt. Also rein thermisch bräuchte man 100 Anlagen, um Philippsburg 2, also um nur einen Kernkraftblock damit zu ersetzen, aber elektrisch bräuchte man 300 Anlagen. Und ich möchte nur daran erinnern, seit wir damals hier in diesem Hause den Klimanotstand beschlossen haben, haben wir KKP 2 stillgelegt. Das heißt, wir müssen jetzt also 100 von diesen Anlagen bauen, um praktisch rein thermisch in den Bereich zu kommen. Und da sind Sie sicher mit mir einer Meinung, dass das gar nicht geht. So gesehen ist es bestimmt nicht der große Wurf, sondern kann nur eine kleine ergänzende Maßnahme sein. Wichtig ist für uns dabei, dass die Risiken nicht von den Bürgern getragen werden müssen, so wie es nach geltendem Recht noch der Fall ist. Wir haben das schon im Regionalverband mehrfach diskutiert, da war auch der Herr Oberbürgermeister dabei. Und er hat daran erinnert, dass hier in Karlsruhe bei dem letzten kommunalen Tag zur Energiepolitik Mitte des Jahres, Klimakongress heißt es offiziell, am 16.05., die Ministerin angekündigt hat, dieses Problem zu lösen, indem ein Letztversicherungsfonds aufgelegt wird durch das Land, der dann am Ende die Schäden trägt, wenn denn welche entstehen an den Häusern. Mit unserem Ergänzungsantrag wollen wir, dass das in diesen Plan übernommen wird.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Herr Oberbürgermeister, erlauben Sie mir noch ein bisschen weiter auszuführen. Im Energieleitplan selbst wird beschrieben, dass das erste Szenarium die Klimaziele nicht erreicht und das andere unrealistisch ist. Wir teilen die Bedenken des BUND und vieler anderer Karlsruherinnen und Karlsruher, dass der Energieleitplan als Strategieleitplan zu kurz greift. Die eigentliche Ausgabe, die schwierige Umsetzung der Wärmewende wird nur angerissen. Wir als Zählgemeinschaft FDP, Freie Wähler | FÜR Karlsruhe haben deshalb unsere Anträge gestellt. Weil wir eine Alternative zum Energieleitplan wünschen, fordern wir eine Roadmap, in der Schritte dargelegt und Zeitfenster kalkuliert werden. Die jährliche Fortschreibung im Rhythmus von einem Jahr, wie sie DIE LINKE fordert, sehen wir zu ambitioniert, bieten einen dreijährigen Rhythmus als Kompromiss an, wie ihn auch Dr. Professor Pinkwart vorschlägt. Erst konkrete Zahlen, und meine Kollegin sagte es, dass es in Karlsruhe etwa 27.500 Gasnetzanschlüsse und fast 8.000 Ölheizungen gibt. Und es ist sehr ambitioniert, die umzustellen bis zum Jahr 2040. Vielleicht verstehen Sie jetzt besser, warum wir zusätzliche Fragen für diese Energieleitplanung noch als offen sehen.

Auch haben wir Bedenken in unserer Zählgemeinschaft, was die Geothermie betrifft. Die Sorge macht uns vor allem die Beweisumkehr, wie auch bereits erwähnt wird. In der Auseinandersetzung mit dem Energieleitplan haben wir verschiedene Studien von Forschung und Wissenschaft zum Umbau der Netze betrachtet, enthalten konkrete Zeitpläne für vorgestellte Szenarien und Strategien. Und das vermissen wir und bitten in unserem Antrag um Ergänzung. In einem weiteren Ergänzungsantrag fordern wir volkswirtschaftliche Kostentransparenz, also die Einberechnung aller Faktoren, damit gegenüber Bürgerinnen und Bürgern Transparenz geschaffen wird, was auch alle meine Vorredner gefordert haben. Denn die Transformation kostet, und die kostet nicht nur die Stadt, sondern auch die Eigentümer und Eigentümerinnen der Gebäude und wir müssen ihnen mitteilen, was auf sie tatsächlich zukommt.

Zu der Abarbeitung der Anträge. Es wurde hier schon erwähnt und wir sind bereit, den Punkt 14.1 gemeinsam mit der Zählgemeinschaft in den Ausschüssen zu beraten, denn ich

denke, es wäre intensiver, dass wir über das 14.1 nicht abstimmen. Alles andere können wir heute abstimmen und mein Kompromiss an DIE LINKEN, von einem Jahr auf drei Jahre zu gehen, steht hier auch. Wie DIE LINKE damit umgehen will, können sie vielleicht hier beantworten.

Der Vorsitzende: Ich würde mal gerne zu ein paar Punkten was sagen. Das eine ist, wir haben auch bei unserem Klimaschutzkonzept immer gesagt, dass wir das alleine als Kommune nicht stemmen können. Und wenn hier die entsprechende Unterstützung von Bund, Land und das Engagement jedes einzelnen privaten Eigentümers, jeder Eigentümerin nicht funktioniert, dann werden wir das alleine nicht schaffen. Nichts weiter spiegelt sich im Moment auch in diesem Zwischenstepp ab, den wir jetzt mit der Energieleitplanung machen. Und insofern, Frau Stadträtin Lorenz, nehme ich Ihre Kritik nicht an, dass wir hier verschiedene Dinge noch nicht berücksichtigt hätten, sondern ich kann erst dann eine Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz in Auftrag geben, wenn ich von Ihnen das Go bekomme, dass das in diesem Gebiet aus Ihrer Sicht nachvollziehbar eine entsprechende Option ist. Und erst wenn ich die Machbarkeitsstudie habe, kann ich mich um einen Investor kümmern. Und erst wenn ich den Investor letztlich habe, macht eine Satzung Sinn. Und erst eine Satzung gibt Rechtssicherheit.

Jetzt wird ein bisschen der Eindruck erweckt, weil wir jetzt sagen, spätestens nach sieben Jahren muss der angepasst werden, bedeutet nicht, dass wir ihn nicht permanent laufend auch früher anpassen müssen. Spätestens dann muss es so sein. Und natürlich müssen wir am Ende uns jedes einzelne dieser vorgesehenen Nahwärmegebiete anschauen, so schnell wie möglich in eine Machbarkeitsstudie gehen und uns dann nach Investitionen und nach Investoren umgucken. Und dann hängt es am Ende von den Eigentümern ab, ob sie mitmachen oder nicht mitmachen und von einem Investor, ob er das Risiko auf sich nimmt. Das sind ganz klare Schritte, die jetzt auf einer Roadmap völlig klar sind. Erst wenn ich da einen Schritt weiter bin, kann ich auch diese Leitplanung wieder verändern. Und ohne den Beschluss heute brauche ich das aber gar nicht anfangen. Denn wenn ich am Ende gar nicht weiß, ob Sie bereit sind, so eine Satzung in diesem Wohngebiet mitzumachen, brauche ich auch keine Machbarkeitsstudie. Deswegen ist das jetzt die Voraussetzung für das, was Sie fordern. Ich kann das nicht automatisch jetzt alles schon erbringen. Es ist an bestimmten Stellen schon etwas verbindlicher, als es vielleicht rüberkommt. Da, wo jetzt Fernwärme vorgesehen ist, müssen wir relativ schnell klären, wann wird die Fernwärme mit welchem Geld hinkommen. Das muss der Herr Hohmann dann mit Ihnen erläutern. Da wo Nahwärmenetze vorgesehen sind, brauchen wir ganz schnell eine Machbarkeitsstudie, was übrigens überhaupt noch keine Sicherheit schafft, dass es am Ende dort so kommt, sondern es ist die Voraussetzung für die nächsten Schritte. Und da, wo wir unscharfe Übergangsbereiche zwischen verschiedenen Gebieten haben und da, wo wir Gebiete haben, wo beides aus sich ausscheiden wird, wird am Ende es vom einzelnen Eigentümer/Eigentümerin abhängen, mit welchem System er versucht, sich auf eine Defossilisierung einzustellen. Da müssen wir ganz viel Beratungsleistung reinpacken. Diese Beratungsleistung muss aber durch die quasi energiebeziehenden Organisationen und zum Beispiel unsere Stadtwerke erfolgen und wir bieten mit der KEK ein sehr qualifiziertes Beratungsangebot an. Mehr können wir an der Stelle im Moment nicht tun. Und das ist schon eine ganze Menge, weil damit im Grunde fast alle Haushalte im Moment in Karlsruhe wissen, was die nächsten Schritte sind. Nur es kann sich auch vieles noch ändern.

Und hier jetzt noch Wasserstoffnetze zu deklarieren, wo wir in absehbarer Zeit absolut sicher sind, und wir haben jetzt einige Erkundungen eingeholt, dass wir nie in den nächsten 10 bis 15 Jahren Wasserstoff in einer Dimension hier vor Ort parat haben werden, sei es durch eigene Erzeugung oder durch Import, dass wir annähernd irgendeinem privaten Haushalt versprechen können, dass er seine Heizung komplett mit Wasserstoff betreiben kann, dann ist es aus meiner Sicht zu diesem Zeitpunkt auch nicht besonders sinnvoll zu sagen, und im Übrigen gibt es auch noch Wasserstoff. Das macht hier keinen Sinn. Frau Stadträtin Lorenz, Sie haben Recht, wir kommen nur in den Genuss, in dieses Kernnetz zu kommen, oder wir sind bisher überhaupt nur in den Genuss gekommen, weil wir auch über die Technologieregionen und die Industrie- und Handelskammer zwei Mal alle Unternehmen in Karlsruhe und der Region aufgefordert haben, einen möglicherweise potenziellen Wasserstoffbedarf bei komplettem Wegfall aller anderen Energiearten darzustellen. Wir sind jetzt erst einmal Gottfroh, dass es gelungen ist, in dieses Kernnetz zu kommen. Im Kernnetz ist eine neue Leitung vorgesehen. Die Rahmenbedingungen bisher, die die Bundesregierung anbietet in einem Kabinettsentwurf, der befindet sich also noch im parlamentarischen Verfahren. Diese bisher dort hinterlegten Rahmenbedingungen werden ein solches neues Netz nicht wirtschaftlich betreiben lassen. Das sagen mir zumindest die Experten. Das heißt, selbst wenn wir in diesem Netz drin sind, und selbst wenn wir jetzt darstellen, wie viel Wasserstoff wir brauchen, wir brauchen an der Stelle andere Rahmenbedingungen. Und da es sich hier nicht um die Umrüstung eines bestehenden Netzes, sondern die Neuverlegung eines neuen Netzteils handelt, ist auch völlig unklar, ob das bis 2030, 2032 oder 2035 überhaupt realistisch ist, mal davon abgesehen, dass die Rahmenbedingungen erst stehen müssen.

Deswegen haben wir auch diesen H2iPort, den wir dankenswerterweise unter der Regie der Technologieregion gegründet haben, der diese ganzen Aktivitäten im Rheinhafen und drumherum konzentriert. Auch die Stadtwerke sind dort beteiligt, MiRO ist beteiligt, EnBW sind beteiligt. Das heißt H2iPort KA Mod bezieht sich im Grunde auf die Rheinhafen-Anrainer und alle anderen. Da ist auch der Herr Pinkwart dabei, und der Herr Pinkwart verwechselt, glaube ich, mit der Kritik an unserer Energieleitplanung teilweise, welches Instrument wir in der Hand haben und was er natürlich aus seiner Sicht insgesamt fordern muss. Aber das sind ein bisschen unterschiedliche Dinge und wir können uns hier nicht Aufgaben anmaßen, denen wir im Grunde am Ende letztlich nicht gerecht werden können. Wir können am Ende als Stadt auch nicht jeden einzelnen Haushalt ausrechnen, was für ihn am günstigsten ist oder nicht. Das muss auf Initiative der Eigentümerin/des Eigentümers laufen, und da kann er auf die KEK zurückgreifen, aber auch auf andere Energieberatung, die es mannigfaltig gibt.

Und da, wo wir Wasserstoff vielleicht für private Haushalte verwenden können, wäre für mich auch nochmal vorrangig, es bis 30 Prozent in den üblichen Zustrom mit Gasleitungen zu verwenden. In einem Pilotprojekt der EnBW hat man nachgewiesen, dass man etwa 10 Prozent der Hausanlagen dann umrüsten muss. Der Rest würde aber auch mit dieser Mischung funktionieren. Damit könnte ich natürlich schon mal einen Teil der Gasversorgung defossilisieren, nicht alles. Aber darin sehe ich jetzt, falls wir an Wasserstoff herankämen, den wir über die industrielle Produktion hinaus zur Verfügung hätten, auch noch mal einen Vorrang hätte, als jetzt ein eigenes Wasserstoffnetz zu versorgen. Und ehrlich gesagt, in Gebieten, wo ich weder mit Fernwärme noch mit Wärmepumpe zurechtkomme, weiß ich nicht, ob da jetzt Gasleitungen liegen, wo wir dann ernsthaft Wasserstoff durchleiten können, sondern da müssen wir, glaube ich, nochmal ganz anders nachdenken.

Denn wenn es dort eine funktionierende Gasleitung gäbe, wüsste ich nicht, warum wir sie nicht auch an Fernwärme anschließen oder mit einer Wärmepumpe betreiben könnten. Also das eine zu nehmen, um das Problem des anderen an der Stelle zu lösen. Wir werden es diskutieren, aber es ist alles etwas, was wir heute noch nicht entscheiden müssen.

Ich darf Ihnen auch beruhigenderweise sagen, weil ich heute Morgen nochmal telefoniert habe, im Hintergrund sind MiRO, Stadtwerke, EnBW und viele andere im Moment in intensivsten Planungen, wie wir nach Abschalten des RDK 8 aus der Kohleverstromung 2028 und auch den entsprechenden Entwicklungen bei MiRO und anderswo dennoch die Wärmeversorgung hier der Region und der Fernwärme sicherstellen können. Es besteht hier kein Grund zur Panik, denn mit dieser Fernwärme kann ich dann Geld verdienen. Und das große Thema bei der ganzen Energie- und Wärmewende ist nicht, dass wir die Dinge nicht umsetzen können, wo man Geld verdienen kann, sondern wir haben im Moment nicht die Rahmenbedingungen, dass man mit wichtigen Umstellungsmaßnahmen am Ende überhaupt Geld verdienen kann. Und das ist das Riesenproblem, was wir an der Stelle haben. Aber da, wo wir Wärme brauchen, bin ich mir sicher, werden wir auch an der Stelle gemeinsam Wärme herbekommen. Das nur, weil natürlich schon ein Stück weit auch eine gewisse Ängstlichkeit ist.

Wir brauchen auch dieses Zwischending, was wir jetzt machen, um am Ende mit Ihnen, sowohl was Fernwärmegebiete betrifft, aber auch was dann wirtschaftlich betreibbare Nahwärmegebiete betrifft, zu einer Satzung zu kommen, die dann noch einen Anschlusszwang mitdiskutiert. Denn es macht am Ende keinen Sinn, dass wir sagen, wir definieren solche Gebiete und am Ende, ich weiß, dass das hier in Karlsruhe ein heikles Thema ist, aber wir werden um eine solche Diskussion nicht herumkommen. Aber das bedeutet, dass wir möglichst zügig für die Nahwärmenetze in eine Machbarkeitsstudie gehen müssen und dann über Satzung reden. Das wird keine sieben Jahre dauern, sondern das müssen wir sehr zügig machen. Denn die Menschen haben ein Anrecht darauf, da bin ich bei allen Wortbeiträgen, sehr schnell zu wissen, auf welches Pferd sie an der Stelle setzen müssen oder setzen können und welchen Spielraum sie gegebenenfalls noch haben. Wir kriegen bestimmte Wirtschaftlichkeiten aber nur sichergestellt, wenn sich dann möglichst alle in diesem Quartier oder in diesem Stadtteil auch wirklich anschließen. Sonst ist es am Ende ein Vabanquespiel und ein Rennen gegen die Zeit. Das ist auch deswegen wichtig, weil am Ende wird bei der Bundesförderung für bestimmte Einbauten, die man in den einzelnen Häusern vornimmt, die Förderung davon abhängig sein, dass man in einem entsprechenden so ausgewiesenen Energie- oder Wärmegebiet liegt. Ich habe zwar neulich versucht, im Hauptausschuss des Städtetages dafür zu werben, dass man das erst vorschreibt, wenn schon ein Satzungsbeschluss vorliegt. Aber es gibt auch durchaus nachvollziehbare Gründe, dass man so lange nicht warten will. Das heißt, es kann uns theoretisch passieren, dass wir ein Gebiet für Nahwärme vorsehen, und solange es bei uns in der Planung dafür vorgesehen ist, kann ich bestimmte andere Einbauten für die Energieversorgung mit Wärmepumpen oder so möglicherweise vom Bund nicht fördern lassen. Deswegen stehen wir auch unter einem massiven Zeitdruck. Dieses Thema Nahwärmenetz ist sehr schnell zu klären, sehr schnell in eine Verbindlichkeit zu bringen. Und das hat alles nichts mit sieben Jahren oder drei Jahren oder so zu tun, sondern das muss jetzt wirklich zügig flutschen. Aber heute brauchen wir von Ihnen das Okay, dass die Fernwärmegebiete, die wir ausgewiesen haben, weiter betrieben und entwickelt werden können, dass die Nahwärmegebiete, die Sie uns bestätigen, auch zügig in eine solche Machbarkeitsstudie gehen, und dass wir

versuchen, die Ränder am Ende möglichst bald so zu schärfen, dass auch da die entsprechenden Haushalte wissen, ob sie zum einen oder zum anderen Gebiet gehören.

Und all das müssen wir in den nächsten Monaten sehr zügig angehen. All das ist relativ unabhängig davon, was es hier noch an Ergänzungen gibt. Ich bin sehr dankbar, dass wir das nochmal im Ausschuss dann ausführlich diskutieren können. Vielleicht kann man da auch noch den einen oder anderen Experten mit hinzuziehen. Und dass wir die Bürgerinnen und Bürger mit jedem Schritt mitnehmen müssen, ich glaube, anders wird es überhaupt nicht funktionieren. Ich erinnere an meinen Einstieg. Wenn wir es nicht als Gemeinschaftsaufgabe aller begreifen, wird es sowieso nicht funktionieren. Aber laden Sie dann auch nicht die Verantwortung auf uns ab für Dinge, die wir alleine gar nicht bewältigen können.

Jetzt habe ich verstanden, Herr Stadtrat Wenzel, dass Sie 14.1, ich gehe jetzt zu den Anträgen, dass wir das nochmal in den Ausschuss verweisen. Das ist für Sie okay. Dann haben wir 14.2, da würden wir Ablehnung empfehlen, weil wir das so trennscharf als Stadtverwaltung für alle Haushalte nicht machen können. Sollen wir das trotzdem verweisen, oder wollen Sie es abstimmen? Verweisen wir auch. Vielen Dank. 14.3 ist die klare Roadmap. Das ist auch ein Ergänzungsantrag. Da sind wir der Meinung, dass wir das aktuell eigentlich erledigt haben, aber wir können es auch nochmal verweisen, damit wir zu den konkreten Forderungen von Ihnen noch etwas sagen können. Wäre das okay?

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ich will das mit den LINKEN zusammenfassen, weil die haben auch eine Ergänzung.

Der Vorsitzende: Ich mache es jetzt nacheinander, weil es sich nicht ganz deckungsgleich ergibt. Dann haben wir die beiden Anfragen, die haben wir zunächst beantwortet, aber die können Sie natürlich gerne auch nochmal aufrufen. Dann haben wir 14.6, das ist der Antrag der AfD. Ich weiß vom Umweltministerium, dass das Land Baden-Württemberg weiter einen solchen Letztversicherungsfonds vor Augen hat, aber es nicht im Alleingang machen möchte. Ich würde Ihnen empfehlen, es nicht zur Bedingung dafür zu machen, dass wir jetzt mit entsprechenden Aktivitäten bei der Geothermie weitermachen. Insofern, Herr Dr. Schmidt, wenn Sie auf Abstimmung bestehen, würden wir empfehlen, es abzulehnen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Oberbürgermeister, meine Kollegen hier aus den anderen Parteien haben vorgeschlagen, es in den Ausschuss zu verweisen. Es ist die Kernforderung der Bürgerinitiativen, die es überall hier am Oberrhein gibt, und deswegen ist es eine sehr wichtige Sache. Und ich weiß, wie es läuft, wenn wir es jetzt abstimmen, dann geht es mit zwei oder drei Ja-Stimmen, Rest oder umgekehrt. Also jedenfalls wird es dann von der Bildfläche verschwinden und ich glaube, da haben wir nichts davon. Deswegen nehmen wir es in den Ausschuss. Aber wir können natürlich ohne die Änderung dem vorliegenden Konstrukt nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir zum Antrag der LINKEN. Frau Binder, Sie hatten schon Ausschussverweisung angekündigt, von daher hat sich das erledigt.

Wir kommen damit jetzt zur Abstimmung über unseren Energieleitplan, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Ja, vielen Dank. Das ist ein schöner Rückenwind für das, was wir hier vorhaben und wie gesagt, alles Weitere diskutieren wir dann in den Ausschüssen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
19. Dezember 2023